



Wald- und Wahl-Krimi in Hessen

In den rotgrünen Koalitionsverhandlungen für einen Regierungswechsel in Hessen war der Flughafenausbau der am schärfsten umstrittene Punkt. Schon im Juni warb der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Walter mit Zaunpfählen zum kurz vor den Wahlen von der CDU widerrechtlich gekippten Nachtflugverbot für eine große Koalition. Walter war Andrea Ypsilanti im Streit um den sozialdemokratischen Landesvorsitz und die Spitzenkandidatur unterlegen. Am 27. Januar 2008 gewann die hessische SPD mit Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin acht Prozent der Stimmen dazu, während die CDU mit dem als Favorit gesetzten Ministerpräsidenten Roland Koch zwölf Prozent einbüßte. Beide Parteien zogen mit je 42 Sitzen im Landtag gleich auf.

Trotzdem ist bisher alles beim Alten geblieben – Roland Koch ist weiter geschäftsführender Ministerpräsident. Zur Erinnerung: Die erste Runde der Koalitionsverhandlungen scheiterte, weil die FDP auf schwarz-gelb-grün statt Ampel pokerte, während die Grünen eine Koalition mit Kochs CDU ausschlossen. Am 2. November stimmten die Landespartei-tage der Grünen und der SPD mit großer Mehrheit für einen Koalitionsvertrag, der mit Tolerierung der Linken einen Regierungswechsel ermöglicht hätte. In diesem Vertrag hielten die Partner in spe

06.08.08, Frankfurter Flughafen: Protest gegen Waldrodungen für neue Landebahn

fest, dass die SPD für und die Grünen gegen den Ausbau des Flughafen Frankfurts sind.

Detailliert legen sie ein Verfahren fest, das mit großer Sicherheit eine Rodung des Kelsterbacher Waldes in diesem Winter ausgeschlossen hätte. Erfolg für die Grünen: Die Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs im Hauptsacheverfahren soll abgewartet

Die Hütte der Linken im Wald-dorf wurde von zahlreichen Händen emporgehoben, auf Baumstämmen befestigt und dann in die Baumwipfel gezogen

250 Hektar Wald will die Fraport AG für den Bau einer vierten Landebahn kahl schlagen lassen, insgesamt soll die Stadt Kelsterbach 400 Hektar Wald für den Flughafenausbau hergeben. Mit dem Ausbau würde der Rhein-Main-Airport laut Planfeststellungsbeschluss seine Kapazitäten auf 700.000 Flugbewegungen jährlich erhöhen. Faktisch wäre eine Steigerung auf nahezu eine Millionen Maschinen im Jahr möglich.



Fotos: Petra Schmidt

werden. Bisher hat sich die Flughafengesellschaft Fraport AG nur verpflichtet, eine für Anfang 2009 erwartete Vorab-Entscheidung der Kassler Richter abzuwarten, bevor sie mit der Zerstörung des Waldes Tatsachen schafft. Erfolg für die SPD: Diese Aussetzung der Genehmigung zum Kahlschlag soll bis Ende 2009 befristet werden.

Desaster für beide: Mit der Weigerung des Hardliners unter den Ausbaubefürwortern, Jürgen Walter, Ypsilanti auf Grundlage dieses Vertrages zur hessischen Regierungschefin zu wählen, landet das Votum der Parteitage im Mülleimer der Geschichte. Walter begründete seine Weigerung ausdrücklich mit der Verzögerung beim Ausbau des Flughafens.

Seit Mai halten UmweltschützerInnen ein Waldstück besetzt, das für den Bau einer vierten Landebahn gerodet werden soll. Der Mischwald gehört noch der Stadt Kelsterbach, deren Magistrat das Walddorf bis zum 30. November dulden will. Die Flughafengesellschaft Fraport AG will den Wald vor Beginn der nächsten Vegetationsperiode, also bis März, kahl schlagen. Noch stellen sich die WalddörflerInnen dem in den Weg und haben die Position der AusbaugegnerInnen im hessischen Parlament gestärkt. Denn vor einer Rodung muss die Landesregierung das Walddorf räumen lassen. Nun haben sich die Kräfteverhältnisse erneut gedreht: Mit dem gescheiterten Regierungswechsel droht die Räumung kurzfristig und noch vor den Neuwahlen.

Böse Zungen sagen: Ist die Drecksarbeit im Wald erledigt, lassen sich neue Koalitionen leichter schmieden.

Monika Lege, Hamburg



Aussetzen! Börsengang der Bahn gestoppt

Bahn für Alle: Nach Aufgeschoben muss Aufgehoben kommen

In der Mai-Ausgabe des ROBIN WOOD-Magazins schrieben wir „Die DB-Führung hat ihren Börsenprospekt schon druckfertig. Ob und wann sie ihn herausgibt, ist noch offen“. Nun konnten wir die Bahn bitten, die bereits gedruckten Prospekte ins Recycling zu geben, denn der Börsengang ist bis auf weiteres gestoppt.

Am 1. Oktober startete ROBIN WOOD im Bündnis *Bahn für Alle* die Unterschriftenaktion „Aussetzen!“ Die Finanzmarktkrise verbietet eine Privatisierung wertvoller öffentlicher Güter. Außerdem sind zentrale Fragen der Sicherheit und der Beschäftigten-Rechte ungeklärt, Standards für eine sozial und ökologisch sinnvolle Fahrpreisgestaltung fehlen, die finanziellen Risiken des Bundes sind offen. Innerhalb weniger Tage unterzeichneten Tausende Bürgerinnen und Bürger den Aufruf. Unterzeichnet hat auch nahezu die gesamte grüne Bundestagsfraktion.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert in der von der Bundesregierung herausgegebenen Statistik das Anlagevermögen der Bahn-Transportsparte für 2006 mit 56 Milliarden Euro. Das für den Börsengang vorgesehene Viertel dieser Sparte ist also 14 Milliarden Euro wert. Bereits Ende September stellten die vier von der DB AG beauftragten Konsortialbanken die möglichen Erlöse bei einem Bahnbörsengang mit nur noch 4,5 Milliarden Euro vor – fast 10 Milliarden Euro unter den Zahlen des Verkehrsministeriums. „Achtung Verschleudergefahr!“ warnte deshalb *Bahn für Alle*.

Unter den Konsortialbanken sind mit Morgan Stanley und der Schweizer UBS zwei Institute, die den Börsencrash mit ausgelöst haben. Auch die beiden anderen Banken, Goldman Sachs und Deutsche Bank, sind tief in die Krise involviert. Am 9. Oktober wollten die Banken die Preisspanne für die Bahnaktien präsentieren. Am gleichen Tag verkündete Verkehrsminister Tiefensee nach einem Spitzengespräch mit Bahn und Banken, dass der Börsengang verschoben wird.

ROBIN WOOD und *Bahn für Alle* feiern diese Entscheidung und fordern, dass der Börsengang nun nicht nur aufgeschoben, sondern ganz aufgehoben wird. Die Bahn muss in gemeinwirtschaftlicher Hand bleiben und ihr Angebot im Sinne der KundInnen verbessern.

Das Bahnmanagement visiert dagegen einen Termin spätestens im Februar 2009 an, um eine erneute Bilanzprüfung zu vermeiden und dem Bundestagswahlkampf zuvor zu kommen.



*Monika Lege ist Verkehrsreferentin in der Pressestelle von ROBIN WOOD
verkehr@robinwood.de
Tel.: 040/38089212*